



Alte und neue Ausschlüsse



Post Corona-Stadt

**Teilhabe bei wachsenden Ungleichheiten
unter Pandemie-Bedingungen**

Frank Eckardt

Corona und die verschärzte soziale Ungleichheit

Die Pandemie hat die globalen sozialen Ungleichheiten und in Deutschland deutlich verschärft. Obwohl gesellschaftliche Ungleichheiten als Problem wahrgenommen und sich in Befragungen immer die meisten Menschen für eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen aussprechen, wird das Ausmaß der Ungleichheit teilweise dramatisch unterschätzt, weil u.a. die Vermögensungleichheit im Vergleich zur Einkommensungleichheit wenig thematisiert wird (Bellani et al. 2021). Auf Basis einer Auswertung des jährlichen Mikrozensus kann aber aufgezeigt werden, dass die Armut in Deutschland ein Rekordniveau erreicht hat (Der Paritätische Gesamtverband 2022). Im Jahr 2021 stieg die Armutsquote auf den Höchststand von 16,6 Prozent: 13,8 Millionen Menschen – 600.000 mehr als vor der Pandemie – leben unter der Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. In dem ersten Pandemiejahr griffen noch die verschiedenen Schutzsilde und Sofortmaßnahmen der Bundesregierung und der Länder, so dass die Armut trotz des wirtschaftlichen Einbruchs nur relativ moderat anstieg. Im zweiten Jahr der Pandemie waren diese Schutzmaßnahmen weit weniger wirksam.

Armut ist allerdings die einkommensbezogene Seite sozialer Ungleichheit. Sie steht in einem komplexen Zusammenhang mit anderen Bereichen gesellschaftlichen Lebens wie Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit. Die Pandemie hat mit Bezug auf die ungleiche Ansteckungswahrscheinlichkeit mit Corona und deren sozialen Konsequenzen dies im Brennglas verdeutlicht. Die Folgen der Pandemie wie die Gründe, warum manche Menschen mehr darunter leiden und sich häufiger anstecken, sind Ausdruck der sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Dies spiegelt sich bereits in den Ausbreitungsmustern der Pandemie wieder (Dragano et al. 2021): Ärmere Stadtteile sind viel stärker betroffen als wohlhabendere.

Der Zusammenhänge zwischen der Pandemie und den sozialen Ungleichheiten bestehen einerseits durch individuelle Risiken der Bewohnerinnen und Bewohner (kompositionelle Effekte), demnach sich höhere Inzidenzen oder



Testpositivraten generell bei Menschen mit niedrigerem Einkommen auffinden. Andererseits ergeben sich Risiken durch das spezifische Umfeld (kontextuelle Effekte). Als Kontexteffekte sind die Wohnqualität (Eckardt 2022), das Vorhandensein von Grünflächen und die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs nachgewiesen. Die Expositionswahrscheinlichkeit und Empfänglichkeit für eine Infektion werden durch die Anzahl, Frequenz und Dichte der sozialen Kontakte und deren Räume bestimmt. Insbesondere begrenzte Wohnverhältnisse erhöhen maßgeblich das Infektionsrisiko. Die Verteilung von Wohnraum richtet sich vor allem nach der Einkommenslage der Haushalte. Dabei spielt die Nachbarschaft eine gleichsam bedeutende Rolle. Einrichtungen des täglichen Lebens (z. B. Supermärkte, Restaurants) haben in der Regel in ärmeren Stadtvierteln weniger Fläche pro Besucher, was das Abstandthalten erschwert. Besonders bedrohlich ist die Wohnsituation insbesondere für wohnungslose Menschen und Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften (siehe auch Beitrag von Pauline Bönisch, Kaya Peters, Joel Schülin und Claas Wilken in diesem Band). Niedrige Einkommen erhöhen zusätzlich das Infektionsrisiko, da auch das Material zum persönlichen Infektionsschutz, wie Masken oder Desinfektionsmittel, nicht erstanden werden können.

Neben den Wohnverhältnissen sind vor allem die berufsbezogenen Risiken entscheidend, die sich in den unterschiedlichen Branchen sehr unterschiedlich darstellen (Möhner/Wolik 2020). Direkter Kontakt zu Patient*innen, Kund*innen, Klient*innen oder Kolleg*innen verhindert das Distanzthalten. Zumeist werden Menschen in solchen Arbeitsbereichen zudem schlechter bezahlt, wodurch sich wiederum die Ansteckungsgefahr durch zu engen Wohnraum und benachteiligter Nachbarschaft erhöht. Die Pandemie verdeutlicht deshalb insgesamt einen Zusammenhang zwischen Armut und Krankheitsrisiken, wonach viele Gesundheitsrisiken und Krankheiten häufiger bei Menschen auftreten, die über weniger soziale und ökonomische Ressourcen verfügen (Lampert et al. 2005). Die armutsverstärkten Gesundheitsrisiken wiederum erzeugen eine erhöhte Gefahr für Covid-Erkrankungen beziehungsweise einem schweren Verlauf, da Rauchen, Bewegungsmangel, Adipositas, chronischer Stress, Herz-Kreislauf-Krankheiten bei Menschen mit geringen Einkommen häufiger auftreten und zugleich die Abwehr gegen die Corona-Viren abschwächen.

Die berufsbezogene Exposition ergibt sich aber nicht in erster Linie durch den direkten Kontakt mit potentiell ansteckenden Menschen, sondern die Intensität und Kontrollierbarkeit dieser Kontakte, weswegen für beispielsweise Lehrer*innen und Ärzt*innen nicht unbedingt ein erhöhtes Risiko der Infektion besteht. Der Faktor Bildung, der eine solche berufliche Position und auch die Möglichkeiten des Home Office – und damit auch die geringere Ansteckungsgefahr durch Mobilität im ÖPNV – ermöglicht, spielt deshalb eine entscheidende Rolle. Bildung impliziert zudem eine hohe Gesundheitskompetenz, wodurch sich ebenfalls ein Zusammenhang zwischen Corona



und sozialer Ungleichheit manifestiert. Anhand von Corona bestätigt sich, dass Gesundheit ein Faktor ist, der die intergenerationale Transmission von Bildungschancen mitbestimmt: „Wenn der Faktor Gesundheit Effekte auf die Bildungschancen hat und sozial ungleich verteilt ist, wobei die meisten gesundheitlichen Beeinträchtigungen überproportional häufig bei Kindern aus den unteren Sozialschichten auftreten, dann liegt der Schluss nahe, dass Gesundheit einer der vielen Wirkpfade ist, über den die soziale Herkunft ihre Effekte auf den Bildungserfolg entfaltet.“ (Tuppat 2020: 225). Bildungsrückstände und Armut bei Kindern und Jugendlichen haben dementsprechend den Effekt, dass sie einerseits deren gesundheitliche Entwicklung (vgl. Lampert/Kuntz 2019) beeinträchtigen und andererseits diese Entwicklungseinschränkungen zu weiteren Nachteilen in der Bildungskarriere hervorbringen. Durch die Gesundheitsungleichheit, vermittelt über die Bildungsungleichheit, verfestigt sich somit die Armut in Deutschland über die Generation hinweg.

Von residentieller Segregation zur Fragmentierung der Stadtgesellschaft

Die Verschärfung der sozialen Ungleichheiten durch die Corona-Pandemie ergibt sich dementsprechend nicht nur durch die Verstärkung bestehender Benachteiligungen in den Lebensbereichen Bildung, Arbeit und damit zusammenhängend Einkommen, Gesundheit und Wohnen. Vielmehr erschwert das Zusammenspiel dieser Ungleichheitsdynamiken die Schwierigkeit, um zumindest im Generationenwechsel von Eltern zu Kindern diese Benachteiligungen abzubauen, weil diese die sozialräumliche Segregation noch verstärkt. Soziale Ungleichheiten, die sich in den Siedlungsraum durch gebaute und auch ‚unsichtbare‘ Trennlinien eingegraben haben, bestimmen für lange Zeit die weitere Planung und Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen und Veränderungen solcher gebauten Strukturen erscheint umso schwieriger. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die sozialen Ungleichheiten sind deshalb im Kontext räumlichen Muster der gesellschaftlichen Ordnung der Städte zu betrachten (Eckardt 2020, 2021).

Die Pandemie vertieft die langfristigen multiplen Prozesse, die die gesellschaftliche Ordnung der Städte verändern: Seit den 1980er Jahren ist zu beobachten, dass die soziale Mischung vieler Stadtteile in den Großstädten abnimmt und die Segregation zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen zunimmt (Häußermann/Kapphan 2000). Das bedeutete zunächst, dass sich die sozialen Distanzen auch in residential Entferungen umsetzen. Es entstanden „Stadtteile mit besonderen Entwicklungsbedarf“, wie dies in der Förderprogrammatik für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ genannt wurde und die durch eine überdurchschnittliche Konzentration von arbeitslosen und armen Bewohner*innen charakterisiert wurden.



Wie Studien der 2010er Jahre (Helbig/Jähnen 2018) zeigen, haben sich diese Auflösungsprozesse weiter fortgesetzt und hat sich die räumlich-wohnliche Distanz durch großmaßstäbliche Konzentration von unterschiedlichen Einkommensgruppen entweder den Wohnräumen der Reichen oder den als „Brennpunkte“ stigmatisierten Vierteln der ärmeren Bevölkerung fortgesetzt. Es ist zu erwarten, dass sich diese sozialen Ungleichheiten durch die beobachtete Armutszunahme in Zeiten von Pandemie, Inflation, Energiekrise und Ressourcenknappheit weiter als getrennte Wohn- und Lebensräume in die soziale Geographie der Städte zementieren wird.

Zu beobachten ist zudem, dass sich diese Form der sozialen Trennung mit einem Prozesse der kleinteiligen Fragmentierung von Stadtteilen kombiniert. Da Wohnraum knapp und Bodenpreise in besseren Lagen für viele aus der Mittelschicht unerschwinglich geworden sind, werden Wohn-Inseln geschaffen, die nach den eigenen Normen und Werten eingerichtet werden und sich räumlich neben baulich und sozial benachteiligte Wohngegenden ansiedeln. Die große Mehrheit der Armen wohnt vielleicht nicht in Ghettos nach amerikanischem Vorbild, aber in Straßen, in denen ebenfalls überwiegend Menschen leben, die auch unterdurchschnittliche Einkommen oder staatliche Transfers beziehen. Die Reichen wiederum haben sich ebenfalls keine „gated communities“ gebaut, die wie in den USA und andernorts durch bauliche Abgrenzungen wie Zäunen schon von weiten als exklusive Wohnareale zu erkennen sind. Vielmehr haben sie sich auf einzelne Straßen oder Straßenzüge zurückgezogen, wo sie unter sich bleiben. 86 % der Bessergestellten leben inzwischen so. (Goebel/Hoppe, 2018).

In Städten, in denen die Wachstumsbranchen angesiedelt sind, wirkt sich das als ein Prozess der Verdrängung der ehemaligen Arbeiterklasse aus (Gentrifizierung). Die wirtschaftliche Geographie mit ihrer Fokussierung auf exportfähige und hochwertige Güterproduktion hat eine duale soziale Landschaft hervorgebracht, in der Wachstumsmetropolen, in denen der ökonomische Mehrwert durch ein hohes Maß an Kontrolle und Exklusivität stadtgesellschaftlich und -planerisch sichergestellt werden muss, dominieren. Auf der anderen Seite verlieren viele Orte in dieser postfordistischen Wirtschaftsgeographie ihre Bedeutung oder werden nur noch als Parkplatz für Logistik-Unternehmen integriert. Diese wirtschaftliche Peripherisierung bedeutet eine gesellschaftliche Deklassierung, die sich teilweise großflächig in der Entstehung von abgehängten Regionen – vor allem das Ruhrgebiet mit einer Million armen Bewohner*innen – teilweise aber auch kleinräumig durch ein Nebeneinander von Leuchtturm-Städten wie Jena in einer schrumpfenden Region Ost-Thüringen abbildet.

Politik und Beteiligungskultur in der fragmentierten Stadt

Soziale Fragmentierung und Peripherisierung haben sich allerdings nicht nur räumlich in die soziale, sondern auch in die politische Kultur Deutsch-



lands eingeschrieben. Die Thematisierung von Verdrängung, sozialer Benachteiligung und Armut findet nur inzidentell statt und wird nicht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Dies wird durch eine mediale, parteipolitische und institutionelle Exklusivität der Eliten befördert, die sich immer weniger mit den Lebenslagen der Peripherie beschäftigt (Hartmann 2018). In peripheren Räumen sind aber nicht nur die ökonomischen Folgen einer sich fortsetzenden De-Industrialisierung zu beobachten, sondern auch die politische Ökonomie einer neuen Re-Industrialisierung durch einen auf Niedriglohn, dem Verlust von gewerkschaftlicher Organisation und Facharbeiterchaft und ein Inkaufnehmen eines permanenten Prekaritäts trotz Arbeit zu konstatieren. Der Aufstieg der AfD, rechter Protest und Gewalt und eine vielerorts vorfindbare rassistische Alltagskultur können in diesen peripheren Gebieten als Reaktion auf diese gewollte Abwertung von Arbeit und Arbeitenden verstanden werden. Wie etwa am Beispiel von Gera (Schmalz et al. 2021), der ehemaligen Bergbau-Stadt, deutlich wird, ist die ostdeutsche Peripherie von einer gesellschaftlichen Dynamik gekennzeichnet, in dem die demographischen, politischen, kulturellen und ökonomischen Prozesse die Abwärtsspirale gegenseitig anfeuern, weil eine gesellschaftliche Intervention mit einer Gesamtstrategie fehlt und stattdessen sektorale Ansätze, zumeist ohne Bezug auf die anderen Lebensbereiche, vorherrschen.

Das Ausbleiben einer gesellschaftspolitischen Kursänderung manifestiert sich politisch aber nicht nur im Erstarken von rechten Bewegungen, sondern vor allem im Rückzug auf die eigene Lebenswelt und dementsprechend in der Abstinenz bei Wahlen. So lagen die zehn Wahlbezirke mit der geringsten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 alle in Ostdeutschland und im Ruhrgebiet, mit Duisburg 2 (63,3 Prozent Wahlbeteiligung) an der Spitze. Die fehlende soziale Repräsentation der ärmeren Wählerschaft verstärkt zudem den Effekt der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung der einkommensstarken Milieus (Vehrkamp, 2013). Diese Disparitäten machen sich lokalpolitisch ebenfalls bemerkbar. So wurde schon bei der Essener Kommunalwahl 2014 in Altendorf-Nord, seit Jahren Programmgebiet der „Sozialen Stadt“, mit 29,0 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung aller Zeiten festgestellt (WAZ, 26.5.2014). Diese Entwicklung hat sich nicht nur weiter verschlimmert, sondern hat sich flächendeckend ausgebreitet. Heute ist es inzwischen „normal“ geworden, dass in solchen Stadtteilen nur noch jede*r dritte Wahlberechtigte zur Wahl geht.

Empirisch lässt sich aufzeigen, dass die sozialräumlichen Divergenzen mit unterschiedlichen Ressourcenausstattungen in einem engen Zusammenhang stehen. Hierbei geht es um die Ausstattung mit ökonomischen wie sozialem Kapital, das wiederum als individuelle Integration in Netzwerke zu verstehen ist. Wie Stefanie Lüters (2022) hat dies anhand kleinräumiger Analyserahmen der beiden Kölner Stadtteile Hahnwald und Chorweiler, die beträchtliche sozialstrukturelle Ungleichheiten aufweisen, weiter untersucht. Sie konnte



aufzeigen, dass die soziale wie politische Eingebundenheit der Stadtteile in das jeweilige individuelle sozialräumliche Umfeld, das den relevanten Bezugsrahmen sozialer Austausch- und Lernprozesse bildet, einspielt. Das bedeutet, dass die Interaktionen mit Personen des näheren Umfelds je nachdem politisch mehr oder weniger relevant sein können. Die gesellschaftliche Bedingung für die politische Teilhabe beruht deshalb darauf, inwiefern Individuen durch die Einbindung in soziale Netzwerke sich soziale Ressourcen aneignen können, die für die politische Teilhabe relevant sind. Zugespitzt könnte man sagen, dass die Begegnungen und Interaktionen mit Nachbarn aus einem benachteiligten Stadtteil sich nicht in politisches Kapital umsetzen lassen, während in den Wohnorten der statushöheren Haushalte politisch relevantes Sozialkapital produziert wird. „Zusammengefasst sind ressourcenreichere Personen in günstigere Netzwerkkonstellationen eingebettet, die eine politische Aktivität erkennbar stimulieren, wobei informellen Beziehungen ein besonderes Politisierungspotenzial zuzuschreiben ist. Die politische Beteiligung wird somit maßgeblich über das individuelle Vermögen an sozialem Kapital bestimmt.“ (Lüters 2022: 271)

Die sozioökonomische Ungleichheit spiegelt sich einerseits in der Positionierung der Individuen in den sozialräumlichen Strukturen. Andererseits sind viele weitere Faktoren maßgeblich, die die soziale wie politische Teilhabe beeinflussen. Dazu gehört insbesondere die Geltung von sozialen Normen der Kooperation und Freundlichkeit zählen, wodurch sich Formen der intersubjektive Kooperation und eine Beteiligungskultur etablieren lassen. Wo diese Faktoren fehlen und eine allgemeine Unzufriedenheit, aktuelle Unsicherheiten und Enttäuschungen das Entstehen von auf Vertrauen basierten Beziehungen verhindern, entsteht eine soziale Apathie, die Vorstellungen von Allgemeingut, Partizipation und kollaborativen Formen des Zusammenlebens verhindern. Stabile Netzwerke, die in der Regel durch stabile sozio-ökonomische und sonstige Lebensbedingungen entstehen, und auch die Präsenz positiver Vorbilder, die kooperative Normen repräsentieren, sind die Voraussetzung für die politische Aktivierung. Die politische Ungleichheit der Stadt kann deshalb nur verändert werden, wenn anerkannt wird, dass sich gesellschaftliche und politische Strukturen stets reproduzieren und ohne zusätzliches ökonomisches, soziales und sozialräumliches Kapital keine signifikante Änderung erreicht werden kann.

Präsenz, Repräsentation und materielle Stadtpolitik

In Anbetracht der Zusammenhänge zwischen politischer und gesellschaftlicher Ungleichheit ist es notwendig, die Anerkennung, dass „zwischen dem Ziel politischer Gleichheit und ihrer tatsächlichen Realisierung eine große Lücke“ (Dahl 2006: 11) besteht, ein notwendiger Ausgangspunkt. Diese Lücke ergibt sich aus dem Zusammenspiel von materieller Ungleichheit, fehlender politischer Relevanz, dem Fehlen sozialer Stabilität und der damit verbunde-



nen Ausbildung von kollaborativen Normen. In der Stadtpolitik und Stadtplanung wird dieser Zusammenhang auf die Frage der Partizipation reduziert und hierbei im Sinne des Baugesetzbuches diese wiederum oftmals nur als Informationspflicht verstanden. Die Forderung nach mehr und besserer Partizipation findet dabei in der allgemeinen Öffentlichkeit immer große Zustimmung, sie wird aber eher als ein allgemeiner Mangel und nicht im Kontext politischer Ungleichheiten betrachtet. Das führt dazu, dass beispielsweise die gesellschaftliche Wirkung von selektiven Partizipationsprozessen, der Einsatz von partiellen Teilhabe-Instrumenten und -Projekten und die Forderung nach direkter Demokratie, die eine politische Gleichheit voraussetzt, die unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Fragmentierung aber nicht vorhanden ist, nicht problematisiert wird (Eckardt 2012). Partizipation wurde schon frühzeitig als kontextabhängig in ihrer Wirkweise mit Bezug auf die gesellschaftliche Fragmentierung der Stadt kritisch eingeordnet, weil sie Kompetenzen (kulturelles Kapital) voraussetzt, die ungleich verteilt sind und somit Partizipation exklusiv wirken kann (Häußermann 2007). Ungeachtet dessen hat sich Partizipation als Selbstzweck in vielen lokalen Prozessen der Stadtplanung und vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen der Lebensgestaltung etabliert (vgl. Lorenz/Hoffmann/Hitschfeld 2020). Konkret geht es in vielen Prozessen der Bürgerbeteiligung aber um eine sehr eingeschränkte Interpretation von Partizipation, bei der Teilhabe sich auf Teilnahme beschränkt (Eckardt/Werner 2020).

In Anschluss an die oben skizzierte Analyse der Ursachen stadträumlicher und -politischer Ungleichheit dürfte offensichtlich sein, dass nur eine umfassende und langfristige Konzeption verhindern kann, dass sich die gesellschaftliche Erosion der Demokratie aufhalten lässt. Als schwierig lassen sich deshalb vor allem Ansätze einordnen, die vor der Dynamik der sozialen und politischen Ungleichheit die Augen verschließen und nur einen Teil-Aspekt – womöglich durch ein zeitlich begrenztes Projekt – bearbeiten wollen. Projekte neben- und nacheinander zu addieren, das war der bisherige Modus Operandi von Programmen wie der „Sozialen Stadt“, der augenscheinlich nur die Apathie in den peripherisierten Räumen übertüncht hat. Der Aufbau einer lokalen Partizipationskultur (siehe auch Beitrag von Mario Rund in diesem Band) benötigt die Stabilisierung von Individuen, Familien und Netzwerken, wofür vor allem auch die Erfahrung von Dauer entscheidend ist. Sobald grundlegende Sicherheiten wie etwa das Aufenthaltsrecht von Asylsuchenden, eine Einbettung in Bildungsinstitutionen und eine Perspektive auf soziale Sicherheit durch Arbeit und/oder staatlichen Transfers gegeben ist, können Normen von Konkurrenz und Selbst-Zentrierung durch kollaborative Vorstellungen des Zusammenlebens in Frage gestellt und abgelöst werden. Da aber die bestehenden politischen Netzwerke schlichtweg nicht mehr an den Orten vorhanden oder sichtbar sind, an denen Aufwertung von Verhalten und Normenwandel eintreten soll, ist es unwahrscheinlich, dass sich dieser von selbst ergibt. Entscheidend ist deshalb



die Präsenz von alternativen Handlungsorientierungen, wie sie nur durch Personen vor Ort glaubhaft repräsentiert werden können. Die Verkörperung von solidarischen Normen benötigt eine interaktive Anwesenheit, in der auch die Interessen der benachteiligten Bewohnerschaft Eingang finden muss.

Fazit: Gerechte Städte nach Corona?

Größte Schwachstelle gegenwärtiger Formen der Teilhabe stellt insbesondere die geringe Aufmerksamkeit dar, die in der politischen Repräsentation den materiellen Interessen der ärmeren Bevölkerung gezollt wird. Reale Fortschritte in der Gestaltung der Wohn-, Arbeits-, Bildungs- und Lebensverhältnisse sind trotz einer bis zur Corona-Pandemie boomenden Ökonomie weitgehend marginal geblieben und haben eher symbolisch die besorgte Mittelschicht beruhigt. Eine gesellschaftliche Gesamtstrategie gegen die politischen Ungleichheiten benötigt deshalb eine materielle Stadtpolitik, in der für die benachteiligten Gruppen und Individuen erfahrbar wird, dass sich etwas zu ihren Gunsten im direkten Lebens- und Wohnumfeld ändert. Politische Teilhabe kann nicht ohne soziale Mobilität und materielle Sicherheit funktionieren. In Zeiten von Klimawandel, Inflation, Energiekrise und Ressourcenmangel wird sich dies als noch dringendere Notwendigkeit darstellen, als dies aufgrund der gewachsenen sozialen Ungleichheiten durch die Pandemie, wie oben ausgeführt, in den letzten zwei Jahren schon deutlich wurde. Auf diese Weise wird aus einer sektoralen Partizipation als Phase der Stadtplanung eine Stadtpolitik, in der die gesamte Stadtgesellschaft Verantwortung übernehmen muss und in der Konflikte und Interessensgegensätze ausgehandelt und ausgekämpft werden. Der Bestandsschutz der ungleichen Raum- und Ressourcenverteilung dürfte letztlich das Thema sein, an dem sich eine Stadtgesellschaft reiben muss, um in einer zunehmend schwierigeren Versorgungslage den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, die Stadtbevölkerung mit den grundlegenden Gütern wie Wasser, frische Luft, Nahrungsmittel oder Wohnraum zu versorgen und vor Hitzewellen, Starkregen, dieser und den nächsten Pandemie zu schützen.

Literatur

- Bellani, Luna et al. (2021): Wenn alle Teil der Mittelschicht sein wollen: (Fehl-)Wahrnehmungen von Ungleichheit und warum sie für Sozialpolitik wichtig sind. Policy Paper Nº 06.
- Dahl, Robert A. (2006): Politische Gleichheit – ein Ideal? Hamburg: Hamburger Edition.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.



- Dragano, N., J. Hoebel, B. Wachtler, M. Diercke, T. Lunau und M. Wahrendorf (2021): Soziale Ungleichheit in der regionalen Ausbreitung von SARS-CoV-2. In: Bundesgesundheitsblatt, 64, 1116–1124.
- Eckardt, Frank (2022): Wohnen in Zeiten der Pandemie. In: Frank Eckardt/Sabine Maier (Hg.), Handbuch Wohnsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, 25–38.
- Eckardt, Frank (2021): Das Virus und die gespaltene Stadt in: Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, 48/3, 470 – 483.
- Eckardt, Frank (2020): Corona und die Seuche der Segregation der Stadt. In: Christian Keitel / Michael Volkmer / Karin Werner (Hg.), Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. transcript Verlag: Bielefeld, 111–118.
- Eckardt, Frank (2012): Participation at any price? The Ambivalence of the Renaissance of Direct Democracy in German Municipalities. In: Social Space, 1/3, 51–72.
- Eckardt, Frank/Werner, Franziska (2020): Raum für Teilhabe in Erfurter Großsiedlungen? Möglichkeiten und Grenzen von Narrationen über Partizipation in Stadtplanungsprozessen. In: Sabine Meier und Kathrin Schlenker (Hg.), Teilhabe und Raum. Interdisziplinäre Perspektiven. Opladen: Budrich, 169–184.
- Goebel, Jan/Hoppe, Lukas (2018): Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. Abschlussbericht. DIW/SOEP. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2000): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut (2007). Segregation - Partizipation - Gentrifikation: zur Bedeutung von kulturellem Kapital in der Stadterneuerung. In: Jens Dangschat/Alexander Hamedinger (Hg.), Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover: Verl. d. ARL, 161–181.
- Hartmann, Michael (2018): Die Abgehobenen: wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt: Campus.
- Helbig, Marcel/ Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB-Discussion Paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Holtkamp, Lars/Garske, Benjamin (2021): Erklärungsfaktoren kommunaler Wahlbeteiligung: Bürgermeister- und Ratswahlen im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 52/1, 29–42.
- Lampert, Thomas et al. (2005): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Lampert, Thomas / Kuntz, Benjamin (2019): Auswirkungen von Armut auf den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen, Ergebnisse aus KiGGS Welle 2. In: Bundesgesundheitsbl 62, 1263–1274.
- Lorenz, Astrid/ Hoffmann, Christian Pieter/ Hitschfeld, Uwe (Hg.) (2020): Partizipation für alle und alles? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.



- Lüters, Stefanie (2022): Soziale Netzwerke und politische Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.
- Möhner, Matthias / Wolik, Andreas (2020): Berufs- und branchenbezogene Unterschiede im COVID-19-Risiko in Deutschland. In: Deutsches Ärzteblatt International 1176, 41–642.
- Schmalz, Stefan et al. (2021): Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland. Frankfurt: Campus.
- Tuppat, Julia (2020): Soziale Ungleichheit, Gesundheit und Bildungserfolg. : Die intergenerationale Transmission von Bildungschancen durch Gesundheit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Vehrkamp, Robert (2013): Gespaltene Demokratie. Neue Schätzungen zur Wahlbeteiligung sozialer Milieus bei der Bundestagswahl 2013. In: WZB Mitteilungen, 149, 44-47.